

Der Bericht bezeichnet dies als eine anthropozentrische Einstellung. Er vermutet, daß die Semaine Sociale dabei der Versuchung nachgegeben habe, das erschütterte Selbstvertrauen Europas durch diese Betonung seiner Werte zu stärken. Aber diese Haltung ist gefährlich; denn sie scheint zu der Folgerung zu führen, daß auch die Aufrechterhaltung der politischen Führerschaft des Abendlandes in den überseeischen Ländern berechtigt und nötig sei. Im Hintergrund solcher Haltungen spürte man allzusehr die Besorgnisse der Französischen Union, und die Verfasser des Berichts für die „Vie Intellectuelle“ beklagen ausdrücklich, daß dadurch der Eindruck entstehen könnte, daß man die christliche Soziologie benutzt habe, um gewisse politische Konstruktionen zu verteidigen, die gebrechlich und strittig sind und nur bis auf Widerruf gelten können. Im Zusammenhang damit stellen sie die Frage, ob es, wenn man den dauernden Beitrag des Abendlandes jenseits der Meere darstellen will, vom christlichen Standpunkt aus zu verantworten sei, diesem einen so absoluten Vorrang einzuräumen, ohne dabei Unterscheidungen zu machen und insbesondere das christliche Ferment auszusondern und als Kraft anderer Ordnung zu betrachten.

Der Bericht wendet sich dann den Vorträgen zu, die den anderen Pol des Themas, nämlich die überseeischen Völker behandelt haben. Er stellt die Verschiedenheit der Probleme in den verschiedenen Gegenden der Welt heraus: im Fernen Osten und in den Ländern des Islam stehen sich zwei riesige Kulturwelten gegenüber, und es handelt sich darum, das wiedererwachte uralte Erbe dieser Völker mit dem Beitrag Europas, der sich nicht auslöschen läßt, zu harmonisieren.

In Afrika dagegen geht es darum, dem Schwarzen den Aufstieg zur Stufe der europäischen Kultur zu ermöglichen, wobei die schwarze Welt sich zutraut, ihre eigenen Werte im Aufstieg zu der fremden Kultur nicht zu verlieren.

Mit besonderer Zustimmung geht der Bericht auf den Vortrag von J. Folliet ein, dessen Formulierung lautet, es gebe keine „zivilisatorische Mission des Abendlandes“ sondern nur unvermeidliche historische Beziehungen zwischen Zivilisationen, die die momentan weiter fortgeschrittenen Völker verpflichten, den weiter zurückgebliebenen von ihrem Überfluß abzugeben, und die weiter zurückgebliebenen verpflichtet, sich nicht am Rande der Geschichte einzukapseln. Folliet hat gesagt, eine koloniale Ära sei zu Ende gegangen, jetzt handle es sich darum, sich dem Bau einer menschlichen Gemeinschaft zuzuwenden.

Mit sehr warmen Worten haben die Berichterstatter schließlich den Vortrag M. Chapoulies über das Verhältnis der Missionskirchen zu den jungen autochthonen Kirchen erwähnt.

Aber als zusammenfassendes Urteil heißt es am Schluß: „Der Gegenstand der Tagung ist mit dem größten Interesse begrüßt worden und man hat die Kühnheit der Organisatoren gebührend geehrt. Aber die Tagungsredner erschienen weit weniger lobenswert. Warum? Wir glauben nicht, daß man sich an die rechte Methode gehalten hat“. Die rechte Methode wäre gewesen, vorwiegend von den Tatsachen auszugehen, das ist aber nicht geschehen. Die Diskussion von Prinzipien hat einen unverhältnismäßig breiten Raum gegenüber der Darstellung der Sachlage eingenommen, und darin liegt ein Keim der

Unfruchtbarkeit. Zudem: nur ein Prinzip trat klar hervor, das des Primats des Abendlandes. Und es ist ein Prinzip, das sehr bald versagen wird.

Aber, so schließt der Bericht, sind das überhaupt Prinzipien? Haben wir als Katholiken nicht Wahrheiten, mit denen wir der Wirklichkeit begegnen können? Und um den Hiatus zwischen diesen Wahrheiten und der Wirklichkeit der Tatsachen zu überwinden, diese Wahrheiten auf die Wirklichkeit anzuwenden, müssen wir da nicht entschlossen uns auf die Ebene eben dieser Tatsachen stellen? Erst wenn man so vorgeht, gewinnt man Prinzipien, und zwar Prinzipien des Handelns.

Der Staat als Zweck oder der Staat als Mittel

Ist der Staat ein Selbstzweck, oder ist er ein Mittel?, fragt sich Antonio Amorth in der von dem katholischen Verlag Morcellana in Brescia herausgegebenen Zeitschrift „Humanitas“. In dieser Frage liegt die nach dem Wesen des Staates beschlossen. Das Auftreten des Typs des „totalitären Staates“ hat dessen Gegner sehr oft dazu verleitet, sich bei ihrer Ablehnung auf einen Satz von Kant zu berufen und dem Staat vorzuwerfen, er mache sich zum Zweck und das Individuum zum Mittel in Umkehrung dessen, was in der Natur der Sache liege, daß nämlich der Staat das Mittel und das Individuum der Zweck sei. Man wiederholte immer wieder, daß das Individuum niemals zum Mittel herabgewürdigt werden dürfe; der totalitäre Staat aber erhebt sich zum Absoluten, zum höchsten Zweck und verschlingt das Relative, den Bürger, macht ihn zum bloßen Instrument. Der Staat müßte dem Einzelnen dienen, statt dessen dient hier der Einzelne dem Staat zu dessen Macht und Wirksamkeit. Der Bürger ist nur eine Zelle des Staates, jener darf unbegrenzte Ansprüche an ihn stellen. Einige Theoretiker des totalitären Staates haben dem entgegengehalten, es sei ja eben der Bürger, der die Macht und Wirksamkeit des Staates genieße, das Individuum feiere in der Macht des Staates sich selbst, indem es sich transzendiere zu Zielen hin, die es als Einzelner nicht verwirklichen könne. Sich transzendieren sei aber immer sich sublimieren. Dieser Trost bleibt jedoch im totalitären Staat rein theoretisch, da der Staat in Wahrheit jede Willkür verüben kann.

Die Wertung des Bürgers als bloßen Mittels im unterdrückerischen Staat — auch wenn dieser nicht oberster Zweck ist — bilde auch den Vorwurf, den die marxistische Kritik am Staat als solchem übt. Für den Marxismus ist der Staat eine der „Ausbeutungs-Strukturen“ der wirtschaftlich Mächtigen gegenüber der Masse der Proletarier (für den Marxismus wird ja die gesellschaftliche Wirklichkeit auf Grund des historischen Materialismus ausschließlich von der Wirtschaftsordnung bestimmt).

Neben der Auffassung vom Staat als höchstem Zweck (beim totalitären Staat) gibt es aber eine andere Auffassung vom modernen Staat, die nicht minder charakteristisch für seine heutige Form ist: die des Staates als Mittel, um ein Ziel zu erreichen, das aber nicht das Individuum als solches ist, noch auch seine höchste Steigerung, noch die Gesamtheit als gegenwärtige Substanz eines bestimmten Staates, sondern das Ziel betrifft nur einige Objekte, oder es ist ein transzendentes

oder zukünftiges Ziel. So faßt z. B. der Marxismus den Staat als Mittel zur Erreichung einer zukünftigen klassenlosen Gesellschaftsordnung auf. Diese Auffassung ist übrigens schon alt. Sie liegt unter anderem auch der absoluten Monarchie zugrunde, für die der Staat der Rivalität der herrschenden Dynastien dient, einer Rivalität, die bis zum mächtigsten Ausdruck staatlicher Gewalt, zum Krieg führt. Hier dient der Staat nur als Mittel zum Nutzen einiger Weniger oder einer Kaste.

Auch der nationalsozialistische Staat war ein Staat als Mittel auf kommunitärem Grund. In der faschistisch-totalitären Staatsauffassung Italiens blieb der Staat noch eine institutionelle Einheit; in der nationalsozialistischen war der Staat als Einheit aufgegeben und durch eine umfassendere Vorstellung ersetzt: die der Rasse, des Blutes. Der Staat wurde zum bloßen „Apparat“ einer riesigen Organisation im Dienst der Gesamtheit. Der faschistische Staat war noch so weit identisch mit dem eigentlichen Staatsbegriff, daß ihm immer noch der Bürger gegenüber stand, wenn auch der Bürger im Dienste des Staates; zwar ging das Wohl des Staates immer dem des Bürgers voran, und nur vom Staat erhielt der Bürger seine Stellung als Untertan, aber trotzdem blieb doch die Idee des Bürgers erhalten und bildete eine letzte Bastion des Individuums. Im nationalsozialistischen Staat war der Gegenpol zum Staat nicht der Bürger; das Band, das den Einzelnen an das Ganze band, war das Blut, wodurch das Individuum vollständig in die Gesamtheit aufgesogen war.

Doch wie schon erwähnt, wird die Vorstellung vom Staat als Mittel am kraftvollsten vertreten durch den Marxismus. Der Staat war Mittel der wirtschaftlich Mächtigen zur Ausbeutung der Schwachen im ganzen Verlauf der Geschichte; er bleibt aber auch dann Mittel, wenn das Proletariat zur Herrschaft gelangt. Solange die Diktatur des Proletariats den Umsturz der Klassen vollzieht, bedarf es der Gewalt und der Unterdrückung, aber zu einem höchsten Zweck: der Einführung der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft, die keinen Staat mehr braucht, weil sie kein Unterdrückungsinstrument einer Klasse gegenüber einer anderen mehr nötig hat.

Die Auffassung vom Staat als höchstem und absolutem Selbstzweck erscheint heute in definitivem Niedergang und die faschistische Doktrin mit ihrer Unterbauung durch hegelianische Ideen unwiderruflich vergangen. Nicht das gleiche kann man von der Auffassung vom Staat als Mittel sagen: nicht nur, weil die kommunistische Ideologie in der Nachkriegszeit eine gewaltige Ausbreitung gefunden hat, sondern auch, weil die Struktur und Wirksamkeit des heutigen Staates und die in ihm gültigen Ideologien sich leicht dazu hergeben.

Hier spielt vor allem die ungeheure Technisierung des modernen Lebens eine Rolle. Die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit und Koordination im kollektiven Leben hat es mit sich gebracht, daß der Staat eine beträchtliche Rolle in der wirtschaftlichen Ordnung der Welt spielt. Das führt dazu, daß er als eine Art riesigen Unternehmens erscheint, daß sein organisatorisches Wirken wie das eines großen Betriebes aufgefaßt wird. Zu dieser Auffassung des Staates als Unternehmen trägt vor allem auch die Bedeutung der Wirtschaftler im öffentlichen Leben bei, die die der Juristen heute bei der Analyse und spekulativen Systematisierung des kollektiven Lebens bei weitem übertrifft.

Dazu kommt noch die reformatorische Tendenz, die so viele der heutigen politischen Ideologien kennzeichnet. Auf Grund dieser Ideologien erfährt die Auffassung vom Wirken und von den Aufgaben des Staates eine für die Gegenwart sehr charakteristische Abwandlung: hier soll der Staat als Mittel zur Schaffung einer gerechteren sozialen Ordnung eingesetzt werden, anstatt zum unmittelbaren Wohlergehen der Bürger, die seinen gegenwärtigen Bestand ausmachen. Diese Aufgabe ist dem Staat wohl auch in anderen Zeiten mehr oder weniger klar zugesprochen, aber nie wie heute als die eigentlich wesentliche gefordert worden. Auch hier wird der Staat als Mittel aufgefaßt zur Verwirklichung eines ihn transzendierenden Ziels. Diesem Ziel zuliebe erlegt er seinen gegenwärtigen Bürgern Dienste und Opfer auf.

Hier muß man sich nun fragen: kann man diese Auffassung vom Staat als Mittel akzeptieren? Oder muß man sie ablehnen, wie man die Auffassung vom Staat als höchstem und absolutem Zweck ablehnt?

Dieser Frage müssen zwei Feststellungen vorausgeschickt werden: 1) es ist nicht gleichgültig, ob man die eine oder andere Vorstellung vom Staat hat; und 2) der Staat ist nicht zwangsläufig durch die Umstände determiniert, so daß er zu einer gegebenen Zeit nur Zweck und zu einer anderen nur Mittel sein könnte.

Daß die Auffassung vom Staat als Mittel oder als Zweck nicht gleichgültig ist, ergibt sich daraus, daß die staatliche Befehlsgewalt sich je nach den Zielen, die dem Staat als Mittel gesetzt werden können, erheblich variiert und daß auch die Haltung des Bürgers gegenüber dem Staat variiert je nach dem Ziel, dem er den Staat untergeordnet sieht. Daß aber die konkrete Form des jeweiligen Staates nichts Zwangsläufiges ist, folgt schon einfach daraus, daß der Staat zum Bereich des Menschlichen, zur vom Menschen geschaffenen Welt gehört und trotz der Macht, die die vom Menschen unabhängigen Geschehnisse zuweilen gewinnen können, doch nie der menschlichen Einwirkung und Bestimmung entzogen ist; und auf diese wieder wirkt die Auffassung vom Staat stark ein.

Unter diesen Voraussetzungen nun muß man sagen, daß der Staat als Mittel entweder nur noch Form ohne staatliche Substanz ist oder eine wirkliche Korruption des Staates darstellt.

Der erste Fall liegt z. B. im Vatikanstaat vor, der nur Mittel zum Zweck der Sicherung der Unabhängigkeit der höchsten geistlichen Autorität ist, der aber auch in Wahrheit keinen Staat darstellt. Seine Bürger bilden keine Gemeinschaft, sondern sind nur Personen, die auf einem jeder anderen staatlichen Souveränität entzogenen Territorium wohnen.

Der zweite Fall dagegen untergräbt die Würde des Staates als Einrichtung und kann zu den raffiniertesten Totalitarismen führen. In Wirklichkeit ist es vielmehr so, daß der Staat zu jenen Einrichtungen der Menschenwelt gehört, die mit eigener Würde neben dem Einzelmenschen bestehen, so wie die Familie oder die Kirche. Solche Einrichtungen haben eigene Ziele, die aus den Beziehungen des Zusammenlebens hervorgehen. Es sind Ziele oder Zwecke, die die Ziele und Zwecke des Einzelnen transzendieren. Sie sollen über den Einzelnen hinaus dauern in der Zeit oder erfordern eine beständige Zusammenwirkung, wie manche andere gemeinschaftliche Einrichtungen, die der Mensch schafft: Gesellschaf-

ten, Vereinigungen; aber sie sind mehr als das. Der Staat ist, wie die Familie, wie die Kirche, keine willkürliche Schöpfung des Menschen (darum ist auch die weit verbreitete Auffassung, der Staat sei Diener des Individuums, in dieser Form nicht haltbar). Er hat als Einrichtung eine ursprüngliche Würde, und so wenig er den Bürger zu seinem Mittel entwürdigen darf, darf umgekehrt das Individuum ihn zu seinem Instrument herabsetzen.

Um diese Auffassung von der selbständigen Würde des Staates aufrechterhalten zu können, kommt es allerdings darauf an, daß sich bestimmte, ihm allein eigentümliche Ziele aufzeigen lassen, die ihn neben die ursprünglichen Einrichtungen nach der Art der Familie stellen. Gerade diese eigentümlichen Ziele werden verwischt, sobald der Staat als Mittel für außer ihm liegende Ziele aufgefaßt wird. Auch die Frage der reformerischen Tätigkeit und Aufgabe des Staates gehört hierher.

In Wahrheit hat der Staat es mit den gegenwärtig in ihm lebenden Bürgern zu tun. Seine Sphäre ist die der Beziehungen der Menschen zueinander, die, ganz konkret, in ihm vorhanden sind, und er darf sich von dieser Sphäre der Beziehungen nicht entfernen. Seine Befehlsgewalt hat in Wahrheit nur dann Gültigkeit (und kann Opfer bis zu dem des Lebens verlangen), wenn es sich um reale Erfordernisse des konkreten gegenwärtigen Lebens handelt. So muß der Krieg vor der Tür stehen und unvermeidlich sein, der Friede darf nur bei unaufschiebbarer Bedrohung aufgegeben werden. Gegen diesen Grundsatz vergehen sich nur zu leicht z. B. alle revolutionären Kräfte.

Rückwendung zum Islam in der Türkei

1935 bekannten sich von den Bewohnern der Türkei 98 vom Hundert zum Islam. Im Osmanischen Reiche waren die Muslim der staatstragende Faktor, die christlichen Untertanen und die Juden regelten ihre bürgerlichen Verhältnisse durch ihre eigenen religiösen Obrigkeiten. Auch die republikanische Verfassung der Türkei erkannte anfangs noch den Islam als Staatsreligion an und wies dem Staat die Aufgabe zu, den Bestimmungen des Scherifatrechtes Geltung zu verschaffen.

Das Scherifat ist die Gesamtheit der durch den Koran und die Tradition geheiligten Rechtssätze, in welchen das Familienrecht der Muslim verankert ist. Ihre Wahrung oblag geistlichen Gerichtshöfen mit theologisch ausgebildeten Richtern (kadi), die oberste Instanz war der Scheich ül-Islam in Konstantinopel. Selbst als dem Hause Osman das Sultanat bereits abgesprochen war, beließ ihm der nationale Revolutionär Mustafa Kemal aus Scheu, der Macht des Konservativismus zur Unzeit den Kampf anzusagen, noch die religiöse Würde eines Nachfolgers des Propheten (Kalif) in seiner Funktion als oberster Vorbeter und Leiter der theokratisch aufgebauten weltlich-geistlichen Gemeinschaft aller Muslim, in der sich die beiden Bereiche nicht trennen ließen.

Ähnlich durchdrang in der Vorstellungswelt der Masse das religiöse Gedankengut das Alltagsleben. War auch die hauptstädtische, politisch führende Oberschicht in der Lebenshaltung seit langem verwestlicht und in der Weltanschauung säkularisiert, so stand doch das Volk noch ganz im Banne des islamischen Brauchtums. Die

Geschichte der das ganze 19. Jahrhundert erfüllenden Reformbestrebungen in der Türkei zeigt, wie es der mohammedanischen Geistlichkeit immer wieder möglich war, ihre Gläubigen zum Widerstand gegen von oben geplante Neuerungen aufzurufen, wobei religiöse Inbrunst und orientalische Abwehrinstinkte gegen Europa Hand in Hand gingen.

Erst durch die militärischen und diplomatischen Siege Mustafa Kemals, des späteren Atatürk, wurden diese beiden Regungen in ein modernes Nationalgefühl umgeschmolzen. Nun konnte jene bisher unmöglich erscheinende Trennung zwischen politischem und religiösem Bewußtsein Platz greifen, die seinen Reformen den niemals wieder völlig rückgängig zu machenden Erfolg gesichert hat.

Der geistige Vorläufer und Wegbereiter dieses Mannes, der Dichter Ziya Gökalp, hat die Aufgabe noch in einer Nationalisierung des übernationalen Islam gesehen:

Ein Land, in dem der Gebetsruf türkisch erklingt,

Ein Land, in dem der Bauer versteht, was er betet,

In dem in der Schule der Koran türkisch gelesen wird.

Mustafa Kemal fühlte sich aber bereits im März 1924 so sicher, daß er die Entwicklung weit über diese rein sprachlichen Forderungen hinauszutreiben wagen durfte: die Abschaffung des Kalifates und der Ministerien für geistliche Rechtspflege und für religiöse Stiftungen (evkaf) ist auf keinen Widerstand gestoßen.

Die Säkularisation der reichen geistlichen Stiftungen, des Erbes von Jahrhunderten, erinnert an ähnliche Maßnahmen in der Geschichte der deutschen Länder. Und wie dort, so hat man auch in der Türkei, nachdem 1926 durch die Einführung des Schweizer Zivilrechtes eine allgemeine von religiösen Bindungen freie Staatsbürgerschaft geschaffen war, den Kampf gegen religiöse Einrichtungen aufgenommen, die in tieferen Schichten des Glaubens verwurzelt waren. Die Medressen als Hochburgen der Theologie wurden ebenso aufgelöst wie die Klöster des Mewlewi- und Bektaschi-Ordens, die, niemals orthodox im Sinne des Hochislam, unter liberaler Duldung eines ungebundenen Weltlebens doch den mystischen Bedürfnissen Rechnung getragen hatten. Warum nahm man an diesem Ordenswesen Anstoß? Mustafa Kemal sagte es im Jahre 1925 in einer seiner Kampfreden selbst:

„Ich gestatte auf keinen Fall in der zivilisierten Gesellschaft der Türkei die Existenz so primitiver Menschen, die sich angesichts des strahlenden Lichtes der heutigen Wissenschaft, der Technik und der Kultur überhaupt, unter der Leitung dieses oder jenes Scheichs ihr materielles und geistiges Glück suchen. Meine Herren, und Du, Nation, höret: Die türkische Republik darf nicht das Land der Scheiche, Derwische und Ordensjünger sein! Der richtigste und wahrste Orden ist der Orden der Kultur. Um Mensch zu sein, genügt es zu tun, was die Kultur befiehlt und fordert.“

Der jeder Aufklärung eigene Kulturoptimismus, hier der von keinem Bedenken gehemmte Glaube an die Zauberkraft der technischen Zivilisation des Westens ist die Triebkraft. Was als „unzivilisiert“ und „dunkles Mittelalter“ anzusehen ist, hat zu weichen: die islamischen Wallfahrtsstätten, an denen sich ein krauser Volksglaube breit gemacht hatte, ebenso wie die nicht zuletzt aus vermeintlich religiösen Gründen aufrecht erhaltene orientalische Tracht: Fez, Turban und Schleier. Die pro-